

Beratungsfolge	Sitzung am	Status	Zuständigkeit
Ausschuss für Umwelt und Verkehr	28.11.2018	öffentlich	Vorberatung
Kreistag	07.12.2018	öffentlich	Beschlussfassung

Wirtschaftsplan 2019 des Abfallwirtschaftsbetriebs -Beratung des Entwurf und Verabschiedung-

I. Beschlussantrag

1. Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr empfiehlt dem Kreistag die Zustimmung zum Wirtschaftsplan 2019 (mit Erfolgsplan, Vermögensplan, Stellenübersicht, Finanzplan und Schuldenstandsübersicht) des Abfallwirtschaftsbetriebs.
2. Der Ausschuss für Umwelt und Verkehr empfiehlt dem Kreistag die Zustimmung im Wirtschaftsplan 2019 zur Aufnahme von Beratungskosten in Höhe 50.000 Euro für die Prüfung einer Rekommunalisierung des Müllheizkraftwerks entsprechend der in der **Anlage** beigefügten Änderungsliste.

II. Sach- und Rechtslage, Begründung

Der Wirtschaftsplan 2019 des Abfallwirtschaftsbetriebs wurde am 12.10.2018 im Kreistag eingebracht (BU 2018/147). Sämtliche Begründungen sind dort zu ersehen.

Anträge der Fraktionen des Kreistags zum Haushalt 2019

Die Kreistagsfraktion der Freien Wähler hat im Rahmen der zweiten Lesung zum Kreishaushalt 2019 in der Sitzung des Kreistags am 09.11.2018 den Antrag gestellt, finanzielle Mittel für Beratungskosten zur Prüfung einer Rekommunalisierung des Müllheizkraftwerks aufzunehmen. Der Antrag lautet:

„Wir beantragen im Wirtschaftsplan des Abfallwirtschaftsbetriebs für das Jahr 2019 und für die mittelfristige Finanzplanung der Jahre 2020 bis 2023 Mittel in Höhe von je 50.000 € für Beratungskosten aufzunehmen.“

Im Entwurf des Wirtschaftsplans 2019 waren bislang keine Beratungskosten für die Prüfung einer Rekommunalisierung des Müllheizkraftwerks eingestellt, da zum Zeitpunkt der Aufstellung und insbesondere der Einbringung des Wirtschaftsplans 2019 die Beschlussfassung zur 5. Änderung des Entsorgungsvertrags noch ausstand.

Unter Berücksichtigung des im Rahmen der Beschlussfassung erfolgten Prüfauftrags zur Rekommunalisierung des Müllheizkraftwerks und des neuen möglichen Kündigungszeitpunkts muss bereits im Wirtschaftsjahr 2019 mit der Arbeit an diesem Prüfauftrag begonnen werden. Die Betriebsleitung befürwortet deshalb den Antrag der Freien Wähler, im Wirtschaftsplan 50.000 Euro für Beratungskosten einzustellen. In den folgenden Jahren ab 2020 sollen dann entsprechend des Bedarfs Beratungskosten in den Wirtschaftsplänen eingeplant werden.

III. Handlungsalternative

Verzicht auf die Einstellung von Beratungskosten in Höhe von 50.000 Euro im Wirtschaftsplan 2019.

IV. Finanzielle Auswirkungen / Folgekosten

Alle Erträge und Aufwendungen sowie Einnahmen und Ausgaben sind im Wirtschaftsplan 2019 (BU 2018/147) dargestellt und umfassend beschrieben.

V. Zukunftsleitbild/Verwaltungsleitbild - Von den genannten Zielen sind berührt:

Zukunfts- und Verwaltungsleitbild	Übereinstimmung/Konflikt				
	1 = Übereinstimmung, 5 = keine Übereinstimmung				
	1	2	3	4	5
Themen des Zukunftsleitbildes nicht berührt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Themen des Verwaltungsleitbildes nicht berührt	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

gez.
Edgar Wolff
Landrat